

## **Bayerische Hochschulen für den Frieden**

Evangelischer Pressedienst epd, Daniel Schneider, 28.03.2019

Zivilklauseln sind Verpflichtungen an Universitäten, keine Militärforschung zu betreiben. Dies führte in Nürnberg sowie im Rest Bayerns zu Konflikten zwischen Studierenden und Hochschulleitungen.

Die ehemalige studentische Leiterin des Arbeitskreises Zivilklausel der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg, Lena Krauß, sitzt in einem Café nahe der Nürnberger Lorenzkirche und zieht Resümee über die letzten Monate. Denn aus ihrer Sicht gibt es eindeutig Diskussionsbedarf. Der Hintergrund: 2016 schrieb die Universität einen Passus in ihr Leitbild, dass verantwortungsbewusstes Handeln von ihr gefördert werde und man so den Weg zu einem gerechten und friedlichen Zusammenleben zwischen Menschen, Kulturen und Nationen ebne. Brisant dabei ist, dass nach der Verabschiedung des Textes ein Folgeprojekt am Departement für Werkstoffwissenschaften finanziert wurde, das sich laut Angaben des Bayerischen Rundfunks mit Panzerungskeramik beschäftigt. Auftraggeber ist die Bundeswehr. Krauß ist empört: „Verbesserung der Kriegsführung ist nicht friedlich“, stellt sie fest. Deswegen wandte sich der Arbeitskreis im Oktober an den Vorsitzenden der Dual-Use-Kommission der Universität. Als Dual-Use-Problematik bezeichnet man den Sachverhalt, wenn Forschungsergebnisse sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Ein neu entwickelter Lack in der Automobilindustrie etwa kann den Luftwiderstand eines Autos verringern und somit ökologisch Sprit sparen. Auf einem Marschflugkörper aufgetragen erzielt man dadurch eine größere Reichweite. Die Kommission wurde im Sommer 2017 gegründet und gelte als beratendes Gremium, erklärt Krauß. So werden nicht etwa alle Drittmittelanträge auf kritische Forschungsinhalte oder Geldgeber geprüft, die Kommission werde nur auf direkte Anfrage aktiv, erläutert die Studentin. Bei dem umstrittenen Panzerungsprojekt erfolgte eine als üblich geltende Prüfung durch ein „Vier-Augen-Prinzip“. Dabei wird das Drittmittelprojekt durch den forschenden Wissenschaftler und einer Person aus der Verwaltung der Universität geprüft.

Die Studierenden wollten von der Kommission wissen, welche Rolle das im Leitbild geforderte friedliche Zusammenleben zwischen den Nationen bei ihren Entscheidungen spiele und ob man bei strittigen Fällen eher das Projekt eines militärischen oder eines zivilen Geldgebers fördere. Der Vorsitzende Günter Leugering erklärt, dass die Kriterien, nach welchen man arbeite, in der ersten Jahreshälfte 2019 bekannt gegeben würden. Aktuell sei man in einem internen Umstrukturierungsprozess, an dessen Ende die Umbenennung in „Kommission für sicherheitsrelevante Forschung“ stehe. Leugering erläutert, dass man sich dabei eng an die Richtlinien der Deutschen Friedensgesellschaft halte. „Hartkeramik findet auch im zivilen Bereich, etwa bei Isolatoren, Verwendung“, äußert er sich zu der Dual-Use-Problematik bei den Werkstoffwissenschaften. Für Krauß ist es wichtig, dass man über solche kontroversen Projekte spricht. „Wir wollen den Diskurs über Militärforschung an der Uni aufrechterhalten“, fasst sie die Ziele des Arbeitskreises zusammen. Die studentische Initiative solle als dauerhaftes Referat innerhalb der Studierendenvertretung etabliert werden, um so ein kritisches Gegenüber zu sein. Darüber hinaus strebe man einen engeren Austausch mit der Kommission an, um die studentische Sicht stärker einzubringen, sagt die künftige Realschullehrerin, die ihre Zulassungsarbeit über Kritische Friedenspädagogik geschrieben hatte.

Mit ihrem Engagement für eine friedliche Hochschule ist Krauß nicht alleine. Ausgelöst wurde die Diskussion über Zivilklauseln in Bayern durch Recherchen der Süddeutschen Zeitung. Diese listete 2013 auf, welche Forschungseinrichtungen Drittmittel durch das US-Verteidigungsministerium einwarben. Daraufhin gründeten sich an vielen Universitäten Arbeitskreise, die sich gegen Rüstungsforschung an staatlichen Bildungseinrichtungen aussprachen. Die „Friedliche Uni Augsburg“ etwa initiierte eine studentische Vollversammlung, die sich sowohl für eine

Transparenz- und Zivilklausel aussprach. Es sollten sowohl alle Forschungsgelder öffentlich einsehbar sein sowie militärische Forschung untersagt werden. 2015 entschied die Erweiterte Universitätsleitung in geheimer und nichtöffentlicher Abstimmung gegen den Antrag der Studierenden. Die Pressestelle der Universität erläuterte, dass es den Studierenden ermöglicht wurde, zwei weitere Vertreter mit beratender Stimme hinzuziehen. Das Gremium lehnte den Antrag auf Einführung einer Zivilklausel mit 18 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

An der Universität in Würzburg sprechen sich die Studierenden ebenfalls für eine Zivilklausel aus. 2015 fand eine öffentliche Diskussion zu dem Thema statt. Auch hier kam es zu keiner direkten Aussprache mit der Hochschulleitung. Zwar war sie seit vier Monaten wiederholt angefragt worden, erschien jedoch mit Verweis auf „Terminkollisionen“ nicht. Die Pressesprecherin der Hochschule bestätigte dies. Daniel Janke, studentischer Senator aus Würzburg, gibt sich zuversichtlich: „Im Sommer 2019 machen wir eine weitere Info-Kampagne, um das Thema wieder auf die Agenda zu setzen.“

An der Universität Regensburg ist man in dieser Hinsicht schon weiter. Dort gibt es aktuell intensive Gespräche der Studierenden mit dem nichtwissenschaftlichen Personal, dem wissenschaftlichen Mittelbau und den Professoren. Sie wollen eine vergleichbare Änderung des Leitbilds ermöglichen wie damals an der FAU Erlangen-Nürnberg.

Die Studierendenparlamente der Universität Passau sowie der Katholischen Hochschule Eichstätt sprechen sich ebenfalls für Zivilklauseln aus. An der Technischen Hochschule Nürnberg gab es im November auf einer Firmenkontaktmesse studentische Proteste an einem Stand der Firma Diel. Die Kritik bezog sich auf den Teilkonzern Diel Defence, der unter anderem Lenkflugkörper, Munition und Raketensysteme herstellt.

Kritik regt sich auch an der Technischen Universität München (TUM) bezüglich des dortigen Ludwig Bölkow Campus (LBC). Dort betreiben die TUM und die Universität der Bundeswehr München in Kooperation mit Industrievertretern seit 2012 anwendungsorientierte Forschung, etwa zu unbemannten Fluggeräten. Eines der ansässigen Unternehmen ist Airbus Defence and Space. Airbus ist europäischer Marktführer bei Tank-, Kampf-, Transport- und Missionsflugzeugen und seine militärischen Hubschrauber seien weltweit gefragt, ist auf der Seite des LBCs zu lesen. Die örtliche ver.di-Betriebsgruppe sieht in dem Campus die größte Konzentration von Rüstungsindustrie, Forschungseinrichtungen und Hochschulen auf deutschem Boden, schreibt sie in einem Mitteilungsblatt. Ludwig Bölkow arbeitete während des Zweiten Weltkriegs bei Messerschmidt AG an der Konstruktion des Düsenjägers Me 262, der als neue „Wunderwaffe“ die Wende im Krieg bringen sollte.

Bundesweite Unterstützung erhalten die friedenspolitisch engagierten Studierenden von den Evangelischen Studierendengemeinden. Diese beschlossen 2016, Initiativen zur Verankerung einer „Zivilklausel“ in den jeweiligen Leitbildern oder Grundordnungen zu unterstützen. Unterstützung gibt es ebenfalls von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Sie setzt sich etwa dafür ein, dass Zivilklauseln in den Landeshochschulgesetzen verankert werden. Aktuell sind in den fünf Bundesländern Brandenburg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen Zivilklauseln gesetzlich festgelegt. Am 18. Mai findet in Frankfurt am Main ein bundesweites Treffen von Zivilklausel-Initiativen statt. Krauß aus Nürnberg findet derartige Vernetzungstreffen sehr motivierend. „Wenn man über den eigenen Tellerrand blickt, fühlt man sich ermutigt. Da sieht man, dass man mit dem Engagement für die Zivilklausel etwas bewirken kann“, sagt sie erfreut.